

## **BSU-Autobahnpläne: nicht in unserem Namen!**

### **So wird Bürgerbeteiligung zur Farce, Frau Hajduk**

Die Senatorin wird bei Ihrer Präsentation am 9.11. den Beteiligungsprozess zur Verkehrsplanung im Hamburger Süden als Sternstunde grüner Bürgerbeteiligung loben. Ein „Ringeln um den richtigen Weg“.

Ursprünglich sollten die Impulse aus der öffentlichen Infoveranstaltung noch in einer abschließenden Kernarbeitsgruppe (KAG) in einen „Kontrakt“ einfließen. Die Senatorin hat die Reihenfolge aber kurzerhand umgedreht: die letzte KAG fand - ohne Beteiligung der Behördenleitung - bereits am 2.11. statt.

Der am 18. Februar 2009 auf einer Bürgerversammlung von der DEGES vorgestellte Plan stand während des gesamten Beteiligungsprozesses ohnehin zu keinem Zeitpunkt zur Disposition: der Ausbau der Reichsstraße auf Autobahnstandard und ihre Verlegung entlang der Bahn – direkt an die Kirchdorfer Wohngebiete. Das formelle Bürgerbeteiligungsverfahren wurde von den Bürgern durch Versammlungen, Eingaben und Demonstrationen erstritten; eine Chance, grundlegende Änderungen der Pläne zu bewirken, hatte es nicht. Im Gegenteil: Am 8.10. wurde - völlig unbeeindruckt von den von Bürgern vorgelegten Alternativvorschlägen und vor dem Abschluss des formellen Beteiligungsprozesses - eine Finanzierungsvereinbarung mit dem Bund getroffen. Ob es seit 2008 wesentliche Änderungen bei den Planungen zur Wilhelmsburger Reichsstraße gegeben habe, fragen SPD-Bürgerschaftsabgeordnete in einer kleinen Anfrage vom 28.10.09. Antwort des Senats am 3.11.09: „Die Inhalte der Projektstudie der Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (DEGES) vom Oktober 2008 liegen der Finanzierungsvereinbarung zugrunde“. Dort findet man, worum es geht: „Nur eine Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße B4/75 als Bundesautobahn A 253 erfüllt alle Zielsetzungen optimal und steht mit einer Investitionssumme von 65 Mio. EURO in einem günstigen Verhältnis zum erreichbaren Nutzen.“

So wird Bürgerbeteiligung ad absurdum geführt. So verspielt eine grüne Senatorin ihre Glaubwürdigkeit für die Menschen vor Ort.

Ein Schlag ins Gesicht auch der Grünen in Hamburg, die auf ihrer heutigen Mitgliederversammlung die notwendige „Wende der Verkehrspolitik“ diskutieren. Hamburg als Grüne Umwelthauptstadt 2011? Sollen die Standards von green capital nur nördlich der Elbe gelten – während im Süden weiterhin Verkehrspolitik aus dem letzten Jahrhundert gilt?

Eine Entscheidung zur Wilhelmsburger Reichsstraße erst nach dem Vorliegen eines integrierten Verkehrskonzeptes – dieser aktuelle gemeinsame Vorschlag von SPD und Grünen im Bezirk Mitte macht Sinn.

Am Montag, den 9.11. hat auch Senatorin Hajduk in Wilhelmsburg noch die Chance, die Verkehrspolitik ihrer Behörde zu wenden.

*Zukunftsplan statt Autobahn: Melanie und Jochen Klein, Manuel Humburg*

[www.zukunftsplan-statt-autobahn.de](http://www.zukunftsplan-statt-autobahn.de)

[info@zukunftsplan-statt-autobahn.de](mailto:info@zukunftsplan-statt-autobahn.de)